

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Ercheint

wöchentlich mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Quartal 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Rund um den Erdball“, „Fröhliche Welt“, „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Unterhaltungsbeilage“, „Unterhaltung und Wissen“

Durch die Postämter und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgepaltenen 8 mm hohe (Zeit-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen sollen pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit für Platz, Datenverzeichnis und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegerühr für Quartale und Austunnt beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

© Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg. ©

Nr. 29.

Donnerstag, den 7. März 1929.

22. Jahrgang.

Ich hab' es mir zum Trost erkoren
In dieser Zeit der schweren Not,
In dieser Blütezeit der Schäfte,
In dieser Zeit von Salz und Brot:
Ich zage nicht, es muß sich wenden,
Und heiter wird die Welt ersehen;
Es kann der echte Keim des Lebens
Nicht ohne Frucht verloren gehen.

Zehn Jahre Reichswehr.

In diesen Tagen begeht die junge deutsche Reichswehr ihren zehnten Geburtstag! Sicher Veranlassung genug, Rückblick zu halten und einige Blicke auf die Wegstrecke zu werfen, die wir noch zurückzulegen haben.

An der Wiege der Reichswehr steht das vor zehn Jahren verkündete und auf ein Jahr befristete Gesetz zur Schaffung einer vorläufigen Reichswehr. Der Grundstein zur Reichswehr war freilich schon vor dem März 1919 gelegt worden, nämlich in den Tagen, als aus den Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften des alten deutschen Heeres, das die Schlägen des Weltkrieges gelitten, die deutsche Erde vor dem Brand des Krieges bewahrt hatte, neue Truppenteile gebildet worden waren. Das Gesetz zur Schaffung der Reichswehr befristete also nur eine Entwicklung, die bereits im Fluß war, und gab den neuen Verhältnissen die gesetzliche Weihe.

Arbeit auf lange Sicht konnte im März 1919 unmöglich geleistet werden! Das innere und äußere Schicksal des Deutschen Reiches war noch zu ungewiß. Man kämpfte um die Form des Staates, die Kommunisten wollten über die geplante Neuordnung hinaus zur bolschewistischen Diktatur, und was der Friedensvertrag dem deutschen Volke bringen würde, konnte man damals nur ahnen. Eines allerdings wußte man, nämlich, daß der militärischen Souveränität Deutschlands starke Einschränkungen drohten.

Punkt 4 des Wilsonschen Weltneuerungsprogramms forderte den Austausch „ausreichender Garantien dafür, daß die nationalen Minderheiten auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit vereinbare Maß herabgesetzt werden“. In Versailles aber kam Wilson nur zu bald auf dem glatten Parkett ins Ausweichen. Clemenceau verstand es meisterhaft, aus Wilsons Idealen Schutzdiktome anzufertigen, hinter denen die Wiederhaltung Deutschlands betrieben werden konnte.

So kam es, daß aus der Forderung Wilsons nach allgemeiner Begrenzung der Rüstungen die völlige Abrüstung Deutschlands wurde, der gleichzeitiger Beibehaltung des Rüstungsparasiten der Westmächte. Da das mit den Punkten Wilsons, auf die hin wir den Waffenstillstand abgeschlossen hatten, schlechterdings nicht zu vereinbaren war, erforderten die Väter des Versailleser Diktats die Formel, nach der die deutsche Abrüstung nur den Auftakt zur allgemeinen Abrüstung bilden soll.

Für die Reichswehr brachte diese Entwicklung große Erschütterung mit sich. Von drei Soldaten mußten zwei auf die Straße gesetzt werden, und von vier Offizieren mußten drei den Dienst quittieren. Und dabei hatten viele der zur Entlassung kommenden freiwillig Leben und Gesundheit im Dienste des deutschen Vaterlandes eingesetzt.

Die Herabminderung der Reichswehr und die Verschärfung immer neuer Waffenmengen brachte aber auch für das deutsche Volk tiefe Enttäuschungen. In Europa war zweierlei Recht geschaffen worden. Jeder Staat besaß den Grundbesitz der Wehrhaftigkeit, Deutschland dagegen wurde es verboten, ausreichend für den Schutz seiner Landesgrenzen zu sorgen. Wer gehofft hatte, daß dieser Zustand nur von ganz kurzer Dauer sein würde, erlebte eine neue Enttäuschung: die Verschleppung der Abrüstung auf den St. Nimmerleinstag!

Wie lange das zweierlei Recht in Europa in Kraft bleiben wird, ist heute nicht zu sagen. Daß es nicht in Kraft bleiben darf, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Deutschland hat einen verlorebenen Rechtsanspruch auf die allgemeine Abrüstung, und wird nicht milde werden, diesen Wechsel zu präsentieren, bis er eingelöst wird! Wenn die Westmächte dem deutschen Beispiel nicht folgen wollen, müssen sie sich damit einverstanden erklären, auf einem anderen Wege die Einheit des Rechtes in Europa wiederherzustellen.

Die Aufgabe der deutschen Reichswehr bis dahin ist es, den Gedanken der Wehrhaftigkeit nach und fremde Staaten zweiten und dritten Ranges vor den deutschen Grenzen fern zu halten. An Eingabe und militärischer Nichtigkeit steht die deutsche Reichswehr in Europa mit an erster Stelle. Die Ausübung der Reichswehr für eine Konflikt ist völlig unzureichend und kann durch Befehlsmittel und Krappen nicht weit gemacht werden.

Was die innerpolitische Stellung der Reichswehr betrifft, müssen sich Volk und Reichswehr finden. Inzwischen beiden muß Klarheit herrschen. Solange das Eisen nicht in der ganzen Welt zur Pflugbar geworden ist, kann es sich kein Volk leisten, den Gedanken der Wehrhaftigkeit zu verneinen. Andererseits aber darf auch keine Wehrmacht vergessen, daß sie ein Instrument des Staates ist und dem Willen des Staates sich einzuordnen hat. Man vergesse niemals, daß insbesondere auch Bismarck stets darüber gewacht hat, daß diese Grenzen streng respektiert wurden.

Wäge das zweite Jahrzehnt der Reichswehr glücklicher Verlaufen als das erste, und möge in dieser Zeit Europa auch zur Rechtschaffenheit zurückfinden. Es ist niemals gut, Menschen oder Völker unter Ausnahmegeetze zu stellen!

Strefemann-Rede in Genf.

Minderheitenrecht für die Dauer! — Hinzuziehung der beteiligten Staaten. — Prüfung der Praxis der Völkerbündungspraxis.

Genf, den 6. März.

Die 54. Tagung des Völkerbundsrats hat heute ihren ersten großen Tag zu verzeichnen. Es geht um die Rechte der Minderheiten! Die Tribünen sind dicht besetzt, auch bemerkt man viele Diplomaten und zahlreiche Vertreter der nationalen Minderheiten aus allen Ländern Europas. Vor dem Völkerbundsaal ist das Gedränge nicht minder groß; die mysteriöse Vertagung der Minderheitendebatte am Dienstag hat ein weiteres getan, um Schaustücke anzuladen.

Mit Spannung sieht die Presse der Eröffnung der Sitzung entgegen. Aber es geht nicht so rasch. Der Rat hält noch eine Geheimnissitzung ab. Dann aber füllt sich der Saal, der Präsident greift zur Klingel; die Sitzung ist eröffnet.

Als erster bestiegt der kanadische Senator Danburand die Rednertribüne. Seine Rede geht über den Antrag auf Einbeziehung eines besonderen Ausschusses, der die Minderheitenbeschwerden prüfen und die direkten Verhandlungen zwischen den Minderheiten und ihren Regierungen regeln soll. Unmittelbar nach Danburand nimmt der deutsche

Außenminister Dr. Strefemann

das Wort. Die Spannung steigt auf den Höhepunkt.

Einleitend betont Reichsaussenminister Dr. Strefemann, es sei an der Zeit, auf die bisherige Behandlung der Minderheitenfrage einen Rückblick zu werfen. Als Strefemann befragt, ob man sich nicht in der Gefahr befände, einem großen und bedeutenden Gedanken eine falsche Ausführung zu geben, horchen viele Delegierte auf. Dr. Strefemann fährt fort, er könne sich, wenn er die Grundlagen des Minderheitenrechts mit der Praxis vergliche, nicht des Gefühls erwehren, daß Theorie und Praxis nicht immer im Einklang miteinander stünden. Von diesem Gefühl würden übrigens die Minderheiten selbst in weitem Maße beherrscht! Eine scharfe Kritik des Völkerbundes sei unter diesen Umständen nicht verwunderlich. Wörtlich erklärte Dr. Strefemann dann:

Die Assimilationstheorie ein Aunding.

Es scheint mir, als ob den Berühmten, Abfälle zu schaffen, mit Befürchtungen entgegengetreten wird, die wie ein Abweichen von den Grundlagen des Minderheitenschutzes wirken. In der Erklärung eines früheren Berichterstatters und in der Aussprache im Jahre 1925 finden sich grundsätzliche Äußerungen über den Zweck der Minderheitenschutzbestimmungen und der Völkerbündungspraxis, die so gebietet werden können, als ob es sich bei diesen Bestimmungen um ein Uebergangsregime handle, das dahin zu führen hätte, die Minderheiten als solche verschwinden, d. h. sie in der Wehrtheit der Staatsbevölkerung aufgehen zu lassen. Wenn jene Äußerungen tatsächlich im Sinn einer Art Assimilationstheorie zu verstehen sein sollten, so müßte

ich dem auf das Bestimmteste widersprechen. Eine solche Theorie steht im Gegensatz zu den bei Gründung des neuen Minderheitenschutzes in aller Klarheit festgestellten Gedanken, daß dieser Schutz ein dauernder und nicht nur ein Uebergangsregime zum Zweck der Erleichterung vorübergehender Schwierigkeiten sein sollte.

Im Zusammenhang hiermit steht ein anderer Punkt von grundsätzlicher Bedeutung. Gegenwärtig beschränkt sich das bestehende Verfahren auf die Einbeziehung der beim Völkerbund eingehenden Petitionen. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Garantie nicht erschöpft in der Behandlung konkreter Fälle, in denen dem Völkerbund eine bereits begangene oder drohende Verletzung von Minderheitenrechten angezeigt wird. In dem von mir erwähnten grundsätzlichen Bericht vom Jahre 1920 kommt zum Ausdruck, daß der Völkerbund die Verpfichtung hat, sich von der Fortdauernden Durchführung der Minderheitenschutzbestimmungen zu vergewissern. Auf alle Fälle erscheint es mir notwendig, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise sich der Völkerbund fortlaufend über die Lage der Minderheiten unterrichten kann.

Respekt vor dem Menschenheitsrecht der Sprache, Rasse und Religion!

Die den Ländern auferlegten Minderheitenbestimmungen widersprechen nicht der Souveränität. Die Berücksichtigung der Minderheiten steht nicht im Gegensatz zu der Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten. Es ist vollkommen berechtigt, davon zu sprechen, daß ein Eintreten für kulturelles Recht und kulturelle Freiheit der Minderheiten der Ausmaß des Schutzes sei, um Staaten auseinander sprengen zu können. Der Friede der Völker untereinander wird um so sicherer begründet sein, je fester der Ruf von in ihrem kulturellen Ausleben bedrohten Minderheiten an das Ohr der Weltöffentlichkeit dringt. Wer sich dafür einsetzt, daß die Menschenheitsrechte der Sprache, der Rasse und der Religion unbeschränkt der staatlichen Grenzen geschützt und gewahrt werden, der tritt ein für die Erhaltung des Friedens und nicht für die Aufreizung zur Auseinandersetzung mit Gewalt.

Reichsaussenminister Dr. Strefemann zeigte dann die Wege auf, die zu einer Besserung führen können und zog darauf die Schlussfolgerungen, indem er ausführte:

Die deutschen Forderungen.

Was ich wünsche, und dem Rat dringend zur Erwägung stelle, ist 1. eine sorgfältige Prüfung der Möglichkeiten, die für eine Besserung des formalen Verfahrens bei Behandlung von Petitionen gegeben sind, 2. bitte ich, in Aussicht zu nehmen, die bisher gelübte Ausbeziehung der beteiligten Nationen durch ihre Hinzuziehung zu erleben, 3. wäre zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantiepflicht außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat, 4. liegt mir daran, daß in der von mir ausgeprochenen Weise eine Klärung der grundsätzlichen Seite der Völkerbündungspraxis herbeigeführt wird.

Die Aufgabe, die sich daraus ergibt, ist zu umfangreich und zu wichtig, als daß sie in dieser Tagung bewältigt werden kann. Aber sie muß in Gang gebracht werden; das beste Mittel dazu ist die Einbeziehung eines Studienausschusses, der über die notwendige Autorität und Sachkunde verfügt.

Der Völkerbund würde sich selbst aufgeben, wenn er die Grundfrage aufgibt, von denen er einst bei Uebernahme des Minderheitenschutzes ausgegangen ist. Die Idee, die zur Gründung des Völkerbundes und zu den Garantien für die Minderheiten geführt hat, sehe ich gerade darin, daß er den Ausgleich schaffen wollte zwischen den Spannungen, die die neuerschaffenen Verhältnisse naturgemäß schaffen und zurücklassen mußten, durch eine gerechte Handhabung gegenüber den Menschen anderer Rasse, anderer Religion und anderer Sprache. Den Frieden auf Erwigkeit zu sichern, ist ein Ideal, dem die Menschen zustreben, ohne daß jemand würde behaupten können, daß die Menschheit dieses Ideal je erreichen wird. Wir können nur alles, was in unseren Kräften steht, dazu tun, um die Voraussetzungen für einen solchen Frieden zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist der kulturelle Friede der Völker untereinander, und stärker, als Paragraphen und Bindungen es für die Möglichkeit vermögen, wird der Friede gesichert werden können durch die Anbahnung der Gerechtigkeit gegenüber jedem der Völker.

gebene Lebensrecht seiner Sprache, seiner Seele und seines Glaubens eintritt.

Der Beschluß der geheimen Ratssitzung.

Genf, 7. März. Der Völkerrundrat hat in seiner Geheim Sitzung den Bericht des Juristenausschusses über die Hinzuziehung der Tschechoslowakei, Litauens und Jugoslawiens entgegengenommen. Der Rat lehnt im gegenwärtigen Stande der Verhandlungen die Hinzuziehung der an der Minderheitenfrage interessierten Mächte grundsätzlich ab, erklärt aber zugleich, den interessierten Staaten würden Beschlüsse des Rates in der Minderheitenfrage auf Grund des vorliegenden Antrages zur Annahme vorgelegt werden.

Etat vom Reichsrat verabschiedet.

Nach den Anschließbeschlüssen. — Zeitweise Doppelvorlagen der Reichsregierung.

Der Reichsrat hat in seiner Plenarsitzung den neuen Reichshaushaltsplan und die Bedingungsunterlagen der Reichsregierung nach den Anschließbeschlüssen verabschiedet. Ein Antrag Bayerns, die Bedingungsunterlagen im Reichshaushalt allein durch eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 1 v. D. vorzunehmen, wurde mit 48 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Für die Vorlage über die Heraushebung der vier Steuern wurden 41, dagegen 27 Stimmen abgegeben. Die Regierungsvorlage über die Senkung des Einkommensteuertarifs bei den mittleren Einkommen wurde wegen der gegenwärtig ungünstigen Finanzlage abgelehnt.

Reichsfinanzminister Dr. Helfferding erklärte, die Reichsregierung könne sich mit einigen Veränderungen ihrer Entwürfe durch den Reichsrat nicht einverstanden erklären, sie werde deshalb im Reichstag Doppelvorlagen einbringen. Das bestehe sich auf einen Betrag von 32,5 Millionen Mark. Vor allem richte sich der Widerspruch der Regierung gegen die Ausfüllung des Viertels über die Stühle mit 25 Millionen Mark. Die Reichsregierung stehe mit der preussischen Regierung in ausgiebigen Verhandlungen über Maßnahmen, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch, vor allem wirtschaftlicher Betriebe in Ostpreußen verhindern sollen. Nur aus diesem Grunde wende sich die Regierung dagegen, daß jetzt schon ein bestimmter Betrag für diese Aufgabe eingesetzt werde.

Das Utrechter Dokument.

Eine Erklärung des holländischen Ministerpräsidenten.

Der holländische Ministerpräsident de Geer gab im Parlament eine Erklärung ab, in der er betonte, er sei durch den Außenminister am 22. Februar davon unterrichtet worden, daß am folgenden Tage im „Utrechtschen Dagblad“ gewisse Dokumente erscheinen würden. Einige Wochen vorher seien die Dokumente im Original durch C. van Beuningen, dem Generalsekretär des Auswärtigen Amtes, vorgelegt worden. Die Regierung habe die Veröffentlichung nicht verhindern können. Durch die diplomatischen Anfragen in London und Paris habe sie die Wirkung der Veröffentlichung abmildern wollen. Der Justizminister habe eine Untersuchung eingeleitet.

Der Ministerpräsident fügte dieser Erklärung hinzu, die Regierung sei überzeugt, daß Holland von keiner Nation irgendwelche Gefahr drohe, und er hoffe, daß das holländische Volk sich mehr als je internationalen Mißtrauens enthalten möge.

Die Selbstmord-Epidemie.

Tragödie einer fünfköpfigen Familie.

In Schwerin drang aus der Wohnung des Tischlermeisters Otto Zwarg in der Burgstraße ein scharer Gasgeruch, der bei den Mitbewohnern des Hauses sofort den schlimmsten Verdacht aufkommen ließ.

Als man sich gewaltsam Eintritt verschaffte, fand man in den Betten liegend den Tischlermeister Zwarg und seine vierköpfige Familie mit schweren Gasvergiftungen auf. Ein Gasanschlag war von der Küche in das Schlafzimmer gelangt mit dem offensiblen Zweck, die fünf Personen zu vergiften. Vier Familienmitglieder, und zwar das Elternpaar, eine Tochter im Alter von 14 Jahren sowie ein Sohn im Alter von etwa zehn Jahren hatten das Bewußtsein schon verloren und wurden in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

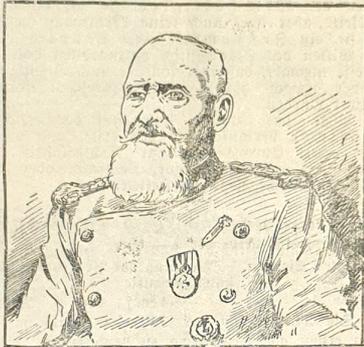
Ein etwa einhalbjähriges Kind, das im Kinderwagen lag, war noch bei Bewußtsein. Ob es möglich sein wird, sämtliche vier übrigen Familienmitglieder am Leben zu erhalten, ist noch ungewiß.

Entscheidungskämpfe in Mexiko.

Die Bundesstruppen greifen Veracruz an. — Die Flotte geht zu den Aufständischen über.

Die Kämpfe in Mexiko nehmen immer größeren Umfang an. Um die Hauptstadt von Nuevo Leon, Monterrey, die jetzt von den Aufständischen beherrscht wird, kämpften nach den letzten ergänzenden Meldungen nicht weniger als 10 000 Regierungstruppen mit den Aufständischen. Der Befehlshaber der Regierungstruppen, General Zuragio, wurde getötet.

Eine zweite Schlacht ist im Staate Veracruz im Gange, wozu die Regierung 15 000 Mann entsandt hat. Bei Orizaba hat sich nach heftigem Kampf ein Regiment, das zu den Aufständischen übergegangen war, den Bundesstruppen ergeben. Die Flotte in Veracruz hat sich den Aufständischen angeschlossen. General Calles will die Lage im Norden persönlich wieder herstellen. Die Lage der Regierung ist zweifellos ernst. In Mexiko-Stadt wird mit einer Währungsbeeinflussung gerechnet.



Oberbürger Adam Bergmann,

der älteste deutsche Formann, der ungeachtet seiner 90 Jahre noch immer Dienst tut und aus Anlaß seines 90. Geburtstages von der Gemeinde Würzburg (Oberpfalz) das Ehrenbürgerrecht erhielt.

Schlußdienst.

Kausa-Bund gegen Sebering.

Berlin, 7. März. Der Reichsinnenminister Sebering hat in einer am Sonntag, den 3. März in Essen gehaltenen Rede nach den Berichten des Reichstages erklärt: „Der Kausa-Bund hat heute die Ehre der Steuerhinterzuer. Die Tätigkeit des Bundes sei in bezug auf die Steuerunterlagen der Regierung und im Hinblick auf die schwierigen Verhandlungen der deutschen Vertreter in Paris ein außerordentlichem Schaden für das ganze Land.“ — Demgegenüber kennzeichnet der Kausa-Bund die Zeitung „Phalanx der Steuerhinterzuer“ als die Verantwortung der Stellung des Reichsministers nur schwer vereinbar. Dasselbe gelte von dem Hinweis auf die Pariser Verhandlungen.

Zatelli und Chamberlain antworten Stresemann.

Genf, 7. März. Der polnische Außenminister Zatelli stellte bezüglich der Minderheitenfrage den Antrag, daß der Rat einen Berichterstatter ernenne, der unter Hinzuziehung von zwei Staatsmitgliedern, so wie das Dreierkomitee, die Minderheitenfrage prüfe. Chamberlain stellte das bis herige Vorschlagsverfahren als unzureichend hin. Der Völkerrundrat habe kein Recht, über die Grenzen der in den Minderheitenfragen festgesetzten Bestimmungen hinwegzugehen. Verschiedene Änderungen Stresemanns über den Wandel dem heute Wölfer und Staaten unterlägen, seien nicht richtig. Chamberlain schloß sich dem Antrag Zatellis an.

Kosbach als Zeuge in Stettin.

Stettin, 7. März. In der gestrigen Sitzung des Bremerprozesses wurde Oberleutnant Kosbach vernommen. Er erklärte: „Bei der Auflösung in Duisburg hatte ich den Eindruck, daß unsere Auflösung ebenso wie früher, tatsächlich nicht gewinnend wurde. Das Gefühl, daß wir Soldaten nicht, beständ nicht nur bei meinen Leuten, sondern ich selbst hatte denselben Eindruck.“

Eine Farbenfabrik in Glüchstadt niedergebrannt.

Glüchstadt, 7. März. In der Nacht brach in den hiesigen Schleswig-Holsteinischen Farbenwerken von Wilkens und Sohn ein Feuer aus, das sich rasch über das umfangreiche, mehrstöckige Gebäude ausbreitete und es bis auf die Grundmauern einäscherte. Nur das Laboratorium konnte die Bürosräume bleiben verschont. Durch die Vernichtung des Unternehmens ist eine große Anzahl Arbeiter brotlos geworden.

Das Rheineis bei Emmerich in Bewegung.

Emmerich, 7. März. Hier setzte sich eine größere Eisfläche, etwas über einen Kilometer lang, oberhalb der Stadt in Bewegung. Verschiedene Schiffe wurden mit Spitzschiffen von der Stelle fortgeschoben. Am Rheineiser wurden Bäume, an denen Schiffe vertaut waren, von den starken Schiffsseilen abgerissen. Die Bewegung des Eises dauerte etwa eine Viertelstunde. Hunderte von Menschen weckten an den Ufern.

Reichswehr und Außenpolitik.

Königsberg, 7. März. Der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckt, betonte hier in einem Vortrag, das Streben der Außenpolitik müsse sein, die Einwirkung des Auslandes auf die Größe und Art der Wehrfähigkeit Deutschlands aufzuheben. Das sei möglich, wenn Deutschland eine wirkliche Gleichberechtigung zuerkannt würde. Die Frage der Wehrbeschränkung auf unbestimmte Zeit sei drückender als die der Rheinlandeinnahme.

„Gütiges über Berlin“ verboten. Der Polizeipräsident der Reichshauptstadt hat wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die öffentliche Aufführung des Theaterspiels von Lambert: „Gütiges über Berlin“ verboten.

Der grosse Karner

ROMAN WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, IN WERDAU (SA)



(74. Fortsetzung.)

„Wir haben Frieden geschlossen“ wiederholt Karner. „Marxim Donell hört auf ... England zu dienen. Er will uns helfen, das große Werk durchzuführen.“ Noch immer schweigen die beiden Männer. Da faßt Donell nach Hallenbachs Hand. „Wollen Sie mich als Helfer? Marxim Donell ist ein Abenteuerer und wird es bleiben, aber die Hand soll verdorren, wenn er sein Wort nicht hält. Alle mein Kraft soll Herrn Karner und seinem Werk gehören.“ Hallenbad schweigt noch immer. Da bittet ihn Karner: „Sprechen Sie sich mit Herrn Donell aus, lieber Hallenbad. Ich vertraue ihm.“ Hallenbad nickt und drückt Karners Rechte herzlich. Dann verläßt er mit Donell Karners Zimmer. Und die beiden sprachen sich aus.

Sie wurden sich einig. Donell versprach, nach Berlin zu fahren, und seinen Auftrag in die Hände dessen, der ihm den Auftrag gab, zurückzugeben. Dann wollte er wiederlehren und sich in dem gegenwärtigen Kampf neutral verhalten. Sobald aber England tatsächlich scharfe Maßnahmen gegen Deutschland bezog, Karner ergriffe, von dem Augenblick an würde er offen auf Karners Seite kämpfen. Hallenbad war damit einverstanden. Noch war in seiner Seele ein Rest von Mißtrauen, aber er dachte daran, daß Karner vertraute, und Karners Augen sahen scharf. „Wollen Sie sich verabschieden, sagte Hallenbad zu Donell: „Wollen Sie heute noch Ihrer Frau ... einen Besuch abstatten?“ „Meiner ... Frau? Ach ja!“ Ganz verlegen war Donell. „Ich glaube, Sie haben nicht daran gedacht, seit Sie damals vom Karnerwerk nach London gebracht wurden.“ „Zu meiner Schande muß ich gestehen, daß Sie recht

„Sie sollten aber jetzt doch einmal an Ihre Frau denken, wenn Sie auch in Zukunft getrennt von ihr leben. Sie hat Ihnen einen Sohn geboren. Drei Monate ist er alt.“

Da fuhr Donell zusammen. „Einen ... Sohn!“ sagte er langsam und senkte das Haupt. „Dann ging er zu Martha. Sie schrie auf, als sie ihn erkannte, und weinte vor Freude. Sie küßte ihn immer noch heiß. „Wirst du bei mir bleiben?“ fragte sie bang. „Willehelt, Marthal!“ sagte er überwältigt von der Liebe, die sie ihm entgegenbrachte. „Ich habe aufgehört, England zu dienen. Ich werde Herrn Karners Helfer sein.“ „Dann wirst du bei mir bleiben“, sagte sie beglückt. „Er nickte. „Ja! Aber du wirst mich auch manchmal Monate nicht sehen. Es geht nicht anders. Das mußst du können, Martha, dann ... dann kann vielleicht sogar Marxim Donell ein guter Ehemann werden.“ Sie nickte glücklich. Alles hätte sie ihm in diesem Augenblick versprochen. „Wilst du ... deinen Sohn jetzt sehen?“ Stumm folgte er ihr an die Wiege und sah das kleine, süße Wesen an, das friedlich schlief. Donell war, als berühre ihn jetzt der Atem einer ganz anderen, reineren Welt, die er bisher nicht getastet hatte. „Martini!“ „Wie hast du ihn getauft?“ „Martini!“ Er freute sich darüber. „Ja, du hast recht getan, Martha, daß du ihn nach dem größten Manne des Jahrhunderts genannt hast.“

Als Donell dem Vorkäufer Ramsay, der die Ordres Bellochs — der war nur offiziell zurückgetreten — erhielt, mitteilte, daß er nicht mehr für England arbeiten könne, kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung. Ramsay wußte, welsch fähiger Kopf verloren ging, und er kämpfte mit aller Energie, um Donell England zu erhalten. Aber Donell blieb zäh und rechnete ab über die erhaltenen Gelder. „Was wollen Sie tun?“ „Nichts, was Ihnen schaden kann. Sie brauchen nicht zu befürchten, daß ich der Gegenseite mitteile, was ich weiß. Der Abenteuerer Donell hat Ehre im Weib. Sie dürfen nur auf meine aktive Hilfe nicht mehr rechnen. Eins aber sage ich Ihnen: In dem Augenblick, da die alliierten Staaten gegen Deutschland etwas unternehmen, und ich es auch nur eine Wirtschaftsblockade, in dem Augenblick lasse ich auf der

anderen Seite. Unter das Vergangene, mache ich einen Strich. Englands Geheimnisse sind bei mir sicher.“ Nach zweifelhafter Auseinandersetzung verließ er den Vorkäufer, der sofort nach London telegraphierte.

Lord Belloch wurde blaß, als er die Depesche las. Er suchte wie ein alter Landstreich, gab dann Ramsay neue Ordres und dem Kapitän Gould, einem sehr befähigten Mann der englischen Spionageabteilung, Aufträge. Gould fuhr sofort nach Deutschland.

„Wir reisen morgen. Mitban wird die Geschäfte der Botenschaft führen, bis Lord Burns eintrifft“, sagte am nächsten Tag der Vorkäufer Ramsay zu seiner Gattin. „Ich werde abschiede mich heute dem Reichspräsidenten und bitte, dich einzurichten. Gib Ordres zum Faden. Grayton, unser Hausmeister, wird dir beihilfflich sein.“

Als Gemma allein war, kamen ihr die Tränen. Sie empfand ein Bangen vor der Zukunft, fühlte mit einem Male, was es hieß, die Heimat zu verlassen ... vielleicht für immer. Und sie dachte an Karner. Alle Liebe, die Sie einst für den Gatten empfunden, erwachte neu in ihr und umrannte Karners Bild. Karner ... Martin Walthaus, der Tote! Beide Bilder wurden eins.

Und jetzt sollte sie an der Seite des ungeliebten Gatten die Heimat verlassen! Sollte Karner nie wiedersehen! Wie elend war doch das Leben. Sie fühlte, wie unendlich wahr Karners Worte, die er zuletzt zu ihr gesprochen hatte, waren. Karner war krank! Sie hatte es gesehen. Sie wollte ihn noch einmal sehen, wollte noch einmal in Karners ... nein: in des Gatten Auge sehen, Abschied von dem Bild nehmen, das für sie jetzt allen Schrecken verloren hatte. Alle Liebe, die einst dem Gatten gehörte, galt jetzt dem Bild ihres ersten Gatten, gal Karner. Noch einmal Karner sehen! Abchied von ihm nehmen ... und dann möchte kommen was wollte. Und sie fuhr an gleichen Vormittag nach Karnerstadt. Heinz brachte die letzte Meldung. Die Regierung hatte beschlossen, das Volk abstimmen zu lassen. Hallenbad war bereits darauf vorbereitet, ebenso Karner, so daß es für sie keine Überraschung bedeutete. Volksabstimmung! (Fortsetzung folgt.)

